

Die Genderbilanz des Klimadiskurses

Von der Schiefelage einer Debatte

Anja Appel

Die Diskussion über die Auswirkungen des »westlichen« Lebensstils auf das Ökosystem Erde ist bereits in die Jahre gekommen. Wichtige Meilensteine der politischen Auseinandersetzung bilden vor allem die internationalen Konferenzen, beginnend mit der Umweltkonferenz in Stockholm 1972 und der ersten Klimakonferenz 1979 bis hin zur Konferenz zu Umwelt und Entwicklung in Rio 1992, auf der nicht nur das Konzept der Nachhaltigkeit die politische Bühne betrat, sondern auch die Agenda 21 entworfen wurde. In den letzten Jahrzehnten wurde demnach intensiv über Umwelt allgemein, über Desertifikation, das Ozonloch und immer wieder auch über den Klimawandel geforscht, diskutiert und die Ergebnisse in Konventionen gefasst. Durch die Rio-Konvention fand zudem das Konzept des Gendermainstreaming erhebliche Resonanz in politischen Institutionen und wurde von wichtigen Organisationen zum Leitprinzip erklärt.¹

Gerade vor dem Hintergrund dieser langen Auseinandersetzung und der Intensität, die das Thema ›Klimawandel‹ in der Öffentlichkeit einnimmt sowie dem Engagement zivilgesellschaftlicher Akteurinnen und Akteure, bleiben die Ergebnisse internationaler Verhandlungen und politischer Entscheidungen erschreckend weit hinter den Erwartungen zurück. Das aktuellste drastische Beispiel lieferten die Klimaverhandlungen in Kopenhagen.² Angesichts dieses historischen Verlaufs, der Prognosen vorliegender wissenschaftlicher Analysen, wie etwa jener des 4. IPCC-Berichts von 2007, und der sichtbaren dramatischen Folgen für Natur und Menschen, erscheint es auf den ersten Blick unbegreiflich, warum supra- und internationale politische und wirtschaftliche Entscheidungssysteme derart träge agieren und Veränderungen einleiten. Auf den zweiten Blick wird schnell klar, dass machtstrategische Fragen, Wirtschaftsinteressen und Fragen der Finanzierung prozessdominante Faktoren waren und sind (vgl. Stiefel 2008, 11; Bals u. a. 2009). Zusätzlicher politischer und zeitlicher Druck, die dem Klimadiskurs inhärent zu sein scheinen, führen dazu, dass handelnde Akteurinnen und Akteure im Eifer des Politikgefechts Aspekte ignorieren beziehungsweise bewusst vertagen. Davon betroffen sind vor allem jene Themen, die lediglich peripher bearbeitet oder als den Prozess unnötig aufhaltend beurteilt werden. Ein solches Thema sind die Fragen der globalen Gerechtigkeit und insbesondere die der Geschlechtergerechtigkeit, welche im Politik- und Wissenschaftsdiskurs im Allgemeinen und in der Klimadebatte im Besonderen nur im geringen Ausmaß thematisiert beziehungsweise integriert werden. Geht man aber davon aus, dass Klimapolitik eine nachhaltige Politik sein muss, sind Genderaspekte automatisch ein Kernelement jeglicher Klimadebatte, da sie lokal wie global sozial wirksam sind. Bereits in der Agenda 21 von 1992 wird als Voraussetzung für eine nachhaltige Entwicklung die Geschlechtergerechtigkeit genannt. Der Zusammenhang zwischen Geschlechterverhältnissen, Umwelt und Entwicklungsfragen wurde damals offiziell von Seiten der UNO anerkannt (vgl. Wichterich 2002).³ Das Geschlechterverhältnis

nimmt daher auch eine zentrale Rolle in der Klimadebatte ein, angefangen bei den Ursachen über die Auswirkungen und den Argumentationsverlauf der politischen Debatte bis hin zu den politischen und ökologischen Maßnahmen (vgl. Hemmati/Röhr 2009, 161)

Auf dem Genderauge blind? – Ergebnisse der Klimaforschung

Von Seiten der Klimaforschung wird kaum noch bestritten, dass Klimawandel bereits stattfindet und der zentrale Einflussfaktor die Treibhausgasemissionen sind, welche unter anderem durch den Verbrauch von fossilen Ressourcen entstehen. Dieser Verbrauch ist global wie regional ungleich verteilt, weil einerseits ein Viertel der Weltbevölkerung drei Viertel der Energie verbraucht (vgl. Sachs/Santarius 2005, 141) und andererseits generell reichere Bevölkerungsgruppen viel mehr Energie verbrauchen als Ärmere. So zeigt beispielsweise eine Studie zum Thema »Soziale Aspekte von Climate Change Impacts in Österreich.« (Prettenthaler/Habsburg-Lothringen/Sterner 2008) aus dem Jahr 2008, dass wohlhabende Bevölkerungsgruppen in Österreich durch ihre Lebens- und Konsumgewohnheiten stärker zum Klimawandel beitragen. Während also soziale Faktoren wie ökonomische Stellung oder der Entwicklungspfad einer jeweiligen Gesellschaft in der Forschung berücksichtigt werden, wird der Faktor »Geschlecht« mehrheitlich ignoriert. Eine Folge ist, dass die wissenschaftliche, politische und mediale Darstellung des Klimawandels, seiner Ursachen und Folgen, stets geschlechtsneutral kommuniziert wird: abbrechende Eisberge, schmelzende Polkappen, aussterbende Tierarten, die Zunahme an extremen Wettersituationen hier wie dort, technische Innovationen zur Reduzierung der Treibhausgase, Anpassungsmaßnahmen (vgl. Allianz für Klimagerechtigkeit, 5). All das wird meist technisch, entmenschlicht und vor allem ohne Unterscheidung zwischen Männern und Frauen beschrieben. Die Basis dieser Darstellung bilden die in der Mehrzahl geschlechtsneutral erhobenen und produzierten Daten. Wenngleich weder globale Daten noch einheitliche Gruppen von »Frauen« und »Männer« existieren, um eine weltweite Klimabilanz von Frauen und Männern zu erstellen, zeigen die in den letzten Jahren verstärkt durchgeführten gendersensiblen Forschungen Tendenzen auf. Diese gehören jedoch, wie die Genderforschung im Allgemeinen, zu den Ausnahmen, die weder die groß klaffende Datenlücke schließen können noch im Kampf um die Aufmerksamkeit bei Entscheidungsträgerinnen und -trägern Gehör finden.⁴ Hinzukommt, dass beispielsweise Forschungsergebnisse aus dem Umweltbereich allgemein, wie etwa zu Energie, Wasser und Landwirtschaft, die Relevanz für den Klimadiskurs haben, nicht herangezogen werden (vgl. Röhr 2008, 6).

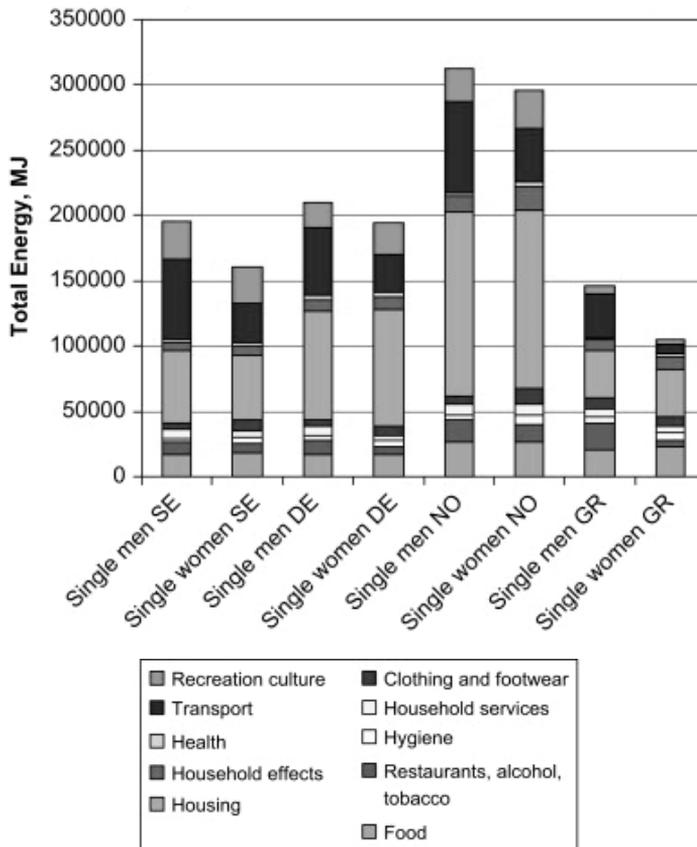
Klimabilanz der Geschlechter

Wiewohl die Datenlage eindeutig ausbaufähig ist, zeigen die bestehenden Untersuchungen doch, dass das Verhältnis zwischen den Geschlechtern, und insbesondere die Rollenaufteilung sehr wichtige Aspekte beim Thema Klimawirksamkeit und -auswirkungen sind. In der Literatur finden sich Hinweise, die auf Unterschiede zwischen den Geschlechtern auf der Ursachenebene sowie eindeutig in den Auswirkungen hinweisen.⁵ So unterscheiden sich Männer und Frauen in Europa im Energieverbrauch, der sich unter anderem aus der unterschiedlichen Nutzung elektronischer Geräte und von Autos ergibt (vgl. Weller 2004, 3).⁶ Auch bei der Klimabilanz im Bereich Ernährung zeigen sich deutliche Geschlechterunterschiede: während Männer mehr

Fleisch konsumieren, verzehren Frauen mehr Milchprodukte. Frauen haben ein sensibleres Bewusstsein in Bezug auf Klimawandel und fordern daher eine konsequentere Politik ein. Im Gegensatz zu Männern, die dazu tendieren, vor allem technische Anpassungs- oder Lösungsstrategien zu suchen, sind Frauen eher auf ihren konkreten individuellen Einflussbereich, wie Fragen des Lebensstils, der Konsumgewohnheiten und den Energieverbrauch konzentriert (vgl. Röhr 2008) (siehe Abbildung 1).

In Ländern des Südens, in denen Konsumverbrauch oder Mobilität weniger relevante Größen sind, ist das Verhältnis insofern anders, als dass Frauen durch ihre Verantwortung für die Energieversorgung einen erheblichen Anteil an den CO₂-Emissionen haben, da sie Feuerholz besorgen und zum Kochen Holz oder andere Brennstoffe verwenden (vgl. FES 2008, 3). Andererseits haben Studien gezeigt, dass gerade dort, wo sich viele Frauenorganisationen bilden und einbringen können, der Waldverlust weit geringer als der Durchschnitt ist (vgl. DSW/UNFPA 2009, 15)

Abbildung 1: Gesamtenergieverbrauch in verschiedenen Produktgruppen für Single-Frauen und Männer in Schweden (SE), Deutschland (GE), Norwegen (NO) und Griechenland (GR)



(Quelle: Rätäy/ Carlsson-Kanyam 2009, 17)

Die Auswirkungen des Klimawandels und was sie mit Gerechtigkeit zu tun haben

Die Verbindung zwischen den Auswirkungen des Klimawandels und der Gerechtigkeit scheint auf den ersten Blick kaum einleuchtend, da Klima nicht handelt, sondern passiert: Extremwetterlagen brechen über Gemeinschaften herein und suchen sich die Betroffenen nicht nach Gerechtigkeitsaspekten aus.

Gerechtigkeit ist eine menschengemachte Komponente und kommt dann ins Spiel, wenn es um Fragen der zwischenmenschlichen Verteilung von Vorteilen und Lasten, von Rechten, Pflichten und Gütern, die Anerkennung von Unterschiedlichkeiten oder den Ausgleich in Vertrags- oder Tauschbeziehungen geht (vgl. Appel 2009). Im Zusammenhang mit Klimawandel bezieht sich die Frage nach Gerechtigkeit einerseits auf das Verhältnis zwischen VerursacherInnen und Leidtragenden sowie andererseits auf die Verteilung der Chancen innerhalb der Gruppe der Leidtragenden.

An diesem Punkt wird in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung zentral mit dem Schlagwort ›vulnerability‹ gearbeitet.⁷ Zusätzlich dazu scheint der Aspekt der Anpassungsfähigkeit der Menschen (›adaptiveness‹) wichtig zu sein. Selbst das IPCC, das wichtigste international anerkannte Gremium in der Klimadebatte weist darauf hin, dass die Verwundbarkeit von Gesellschaften nicht nur von der Veränderung des Klimas, sondern auch vom Entwicklungspfad abhängt und zeigt die damit einhergehende Handlungsparadox des Prozesses auf:

»Nachhaltige Entwicklung kann die Verwundbarkeit gegenüber Klimaänderungen senken; und die Klimaänderung könnte viele Nationen in ihren Fähigkeiten, nachhaltige Entwicklungspfade einzuschlagen, behindern.« (IPCC 2007, 36)

Unbestritten ist mittlerweile, dass Frauen vom Klimawandel weltweit deshalb besonders betroffen sind, weil sie verwundbarer als Männer sind. Dies liegt vor allem daran, dass die Mehrheit der Frauen in den Ländern, die vor allem durch Auswirkungen wie Stürme, Fluten, Dürren etc. betroffen sind, sozial wie ökonomisch Männern gegenüber benachteiligt ist. Sie sind viel stärker von Armut betroffen, haben weniger Möglichkeiten der sozialen Teilhabe und geringere Chancen auf Bildung und Zugang zu öffentlichen Gütern und Produktionsmitteln (vgl. Weller 2004, 61ff.; Allianz für Klimagerechtigkeit, 13). Die besondere Verletzbarkeit von Frauen gerade in ländlichen Gebieten in ärmeren Ländern gründet sich auf der Rolle, die sie in der jeweiligen Gesellschaft haben. Denn sie sind meist die Hauptverantwortlichen für den Haushalt und die Versorgung der Familie; Kinder, Kranke und alte Familienangehörige. Sie müssen die Lebensmittel, das Brennmaterial sowie das Wasser besorgen und sind daher extrem abhängig von natürlichen Ressourcen. Gleichzeitig leisten sie den Großteil ihrer Arbeit unentgeltlich, haben kaum zusätzliche Möglichkeiten, eigenes Geld zu verdienen und besitzen gleichzeitig weniger ›Betriebsmittel‹, also materielle Ressourcen wie Land, Düngemittel, Maschinen (vgl. Denton 2002, 18). Dies führt dazu, dass sie kaum Zugang zu Krediten haben. Ihr sozialer und kultureller Status schließt die Frauen in der Regel aus den Entscheidungsstrukturen der Gemeinschaften aus oder benachteiligt sie im Mitspracherecht. Zusätzlich sind unter ihnen mehr Analphabetinnen und sie verfügen über einen geringen Zugang zu Informationen, wie Unwetterwarnungen oder Weiterbildungsmaßnahmen, etwa Schulungen. Die

Männer hingegen sind eher erwerbstätig oder im Handel oder Verkauf von Produkten aus der Landwirtschaft tätig. Aber auch viele Männer arbeiten ohne Anstellung als Tagelöhner oder saisonale beziehungsweise temporäre Arbeitsmigranten.

Durch den Temperaturanstieg, unregelmäßigere Niederschläge und/oder zunehmende Trockenheit wird die tägliche Arbeit im Haushalt von Frauen, insbesondere die Versorgungsarbeit erschwert. So müssen sie beispielsweise mehr Zeit aufbringen, um sauberes Trinkwasser zu transportieren: sinkende Grundwasserspiegel durch Dürre lassen Brunnen austrocknen; Überschwemmungen verursachen die Verschmutzung des Wassers und der steigende Meeresspiegel führt in küstennahen Gebieten zu einer Versalzung des Grundwassers (vgl. Vas 2008, 11). Weiters werden immer mehr landwirtschaftliche Flächen durch Erosion, Austrocknung, Verschmutzung oder Überschwemmung in ihrer Qualität gemindert oder auf Dauer zerstört, wodurch nicht nur Ernten, sondern die Wirtschaftsgrundlage ganzer Gemeinschaften verloren gehen. Insgesamt wird der Zeitaufwand für die Herstellung und Beschaffung von Nahrungsmitteln, etwa die Bewirtschaftung des eigenen Feldes für den Eigenbedarf und für den lokalen Markt und das Sammeln von Pflanzen und Früchten zunehmen. In Zeiten der Nahrungsmittelkrise reduzieren die Frauen mehrheitlich den eigenen Verbrauch zugunsten der Kinder und des Ehemannes (vgl. FAO o. J.; Aguilar 2008). Das schwächt Frauen körperlich, die aufgrund ihrer physischen Konstitution und Belastung gesundheitlich besonders betroffen sind (vgl. Denton 2002, 15). So sind sie anfälliger für Infektionen nicht nur, vor allem aber während der Schwangerschaft. Dies betrifft insbesondere jene Krankheiten, wie Malaria, die durch Insekten übertragen werden. Die Anzahl derer nimmt bei ansteigender Temperatur zu und sie halten sich am Wasser auf: also dort, wo Frauen Trinkwasser holen, Wäsche waschen, Tiere zum Tränken bringen: am Wasser.

Im Falle von Katastrophen ist die Anzahl der Frauen unter den Opfern oft höher, was unter anderem damit zusammenhängt, dass sie keinen oder nur schlechten Zugang zu Informationssystemen, wie etwa Warnsystemen haben. Verschlimmernd hinzukommen kulturelle Regeln, etwa dort, wo es Frauen verboten ist, allein das Haus zu verlassen, selbst wenn Flucht die einzige Rettung wäre (vgl. Aguilar 2008, 2).

Wenn die Möglichkeiten abnehmen, durch Arbeit in der Landwirtschaft oder den Handel mit Waren die Familie zu erhalten, verlassen meist die Männer ihre Familien auf Zeit, um in den Städten Einkommen zu lukrieren.⁸ In den Zeiten der Abwesenheit des Mannes ist die Frau nicht nur allein verantwortlich für den Gesamthaushalt, sondern zusätzlich gefährdet, Belästigungen oder sexueller Gewalt ausgesetzt zu sein (vgl. DSW/UNFPA 2009, 27).⁹ Die temporäre Migration eines oder mehrere Familienmitglieder führt nicht nur zu sozialen Friktionen innerhalb der Familien und Gemeinschaften, sondern auch zur Verbreitung von HIV/AIDS.

Die Genderbilanz der Klimapolitik

»Unless efforts are taken to incorporate indigenous knowledge into mainstream policy, it will continue to be a case of standing knee-deep in the river and dying of thirst.« (Denton 2002, 18)¹⁰

Aufgrund ihrer Abhängigkeit und Verbundenheit mit der Natur gelten Frauen als Trägerinnen traditionellen Wissens über Pflanzen, landwirtschaftliche Anbau- oder pflanzenbasierte Heilmethoden. Was modern als Umweltmanagement bezeichnet wird, ist Teil ihrer (Über-)Lebensrealität. Dieses wertvolle Potential, Anpassungs-

strategien zu entwickeln, wird von den Entscheidungsträgern und Entscheidungsträgerinnen jedoch zu wenig genutzt.

Klimadiskurs und -politik sind männlich geprägt, beide werden vor allem technokratisch und ökonomisch geführt und beschränken sich zumeist auf Fachdiskurse. Soziale Aspekte einer nachhaltigen Entwicklung werden dabei genauso wenig berücksichtigt wie Fragen der intragenerativen Gerechtigkeit¹¹ im Allgemeinen und Geschlechtergerechtigkeit im Besonderen. Letztere wurden erst in den letzten Jahren von zivilgesellschaftlichen AkteurInnen aufgeworfen und auf die internationale Ebene gebracht.

Beteiligung von Frauen und Männern

Der Anteil an Frauen in den internationalen Verhandlungsdelegationen ist auf minimalem Niveau leicht steigend (vgl. Röhr 2004). Und während Frauen in Ländern des Südens die Auswirkungen des Klimawandels am stärksten zu tragen haben, fehlen gerade sie (wie auch betroffene Männer) mit ihrem Erfahrungsschatz zur Gänze in den Gremien, die die Strategien zum Umgang mit dem Klimawandel diskutieren und entscheiden. Gerade deshalb drohen eben die technologiebasierten, am Schreibtisch von Ingenieuren entwickelten Maßnahmen an der Lebensrealität der Betroffenen zu scheitern. Weiters besteht die Gefahr, dass mit diesen »altbekannten« Instrumenten, die bestehenden ungerechten Macht- und Wirtschaftsstrukturen einfach fortgeführt werden (vgl. v. Winterfeld 2008, 6). Hinzukommt, dass die Verhandlungen die sozialen Aspekte des Klimawandels vermissen lassen und es Frauen somit schwer macht, Genderaspekte einzubringen. Zusätzlich erschwert das System der Klimakonferenzen den Frauenorganisationen, wahrgenommen zu werden. Während bei den UN-Konferenzen für nachhaltige Entwicklung definierte Kernakteurs- und -akteurinnengruppen an der Debatte beteiligt sind, war dies für die Klimakonferenz in Kopenhagen nicht vorgesehen, was bedeutet hätte, dass sich die Frauen auf die Gruppen Indigene, Umwelt, Regionalregierungen, Industrie und Forschung hätten aufteilen müssen (vgl. Röhr 2008, 4). Durch verstärktes Engagement der Frauen wurde schließlich doch eine Frauen-Gender-NGO-Gruppe installiert (vgl. genanet 2009). Doch diese kleinen Fortschritte bringen wenig, wenn im Politikalltag der Genderaspekt wieder ignoriert wird. Dies zeigt gerade die aktuellste Entscheidung des UN-Generalsekretärs Ban Ki-Moon zum Thema Klimawandel ganz deutlich. Während dieser im September noch forderte, Frauen in Schlüsselpositionen des Entscheidungsprozesses zur Klimapolitik zu bringen, nominierte er selbst für die neu gegründete UN-Arbeitsgruppe zur Finanzierung der Klimaanpassungsmaßnahmen nur Männer (Becker/Ehlers 2010).

Auswirkungen von Maßnahmen

»Wir können die Probleme nicht mit derselben Denkweise lösen, mit der wir sie geschaffen haben.« (Albert Einstein)

Dieses Zitat von Einstein wird im Zusammenhang mit Kritik am Klimadiskurs gerne herangezogen, vor allem auch von Vertreterinnen der feministischen Kritik, die die diskutierten Instrumente zur Abschwächung des und Anpassung an den Klimawandel und die damit einhergehenden Handlungslogiken skeptisch beurteilen. Als ausnahmslos marktbasierend und wachstumororientiert seien sie einerseits Teil des Systems, das zur aktuellen ökologischen Situation geführt habe, und daher kein Lösungsweg,

so die Kritik (vgl. Hofmeister u. a. 2002). Ein Beispiel für diese Argumentation liefert die Diskussion um Maßnahmen zu ›carbon leakage‹.¹² In Österreich sind laut Industriellenvereinigung die Strom- und Wärmewirtschaft, die Eisen- und Stahlindustrie, die Zementproduktion sowie die Herstellung von Papier und Karton davon betroffen. Die politischen Maßnahmen in Form ökonomischer Instrumente (und deren Aushebelung) wirken entsprechend der feministischen Argumentation also gerade nicht im Sinne des Klimaschutzes. In diesem Zusammenhang noch kaum analysiert sind die Fragen des gendersensiblen Budgetings im Rahmen solcher Maßnahmen bzw. inwieweit durch solche politischen Entscheidungen tendenziell männlich dominierte Industrien bevorzugt bzw. geschützt werden, während Branchen mit einem hohen Frauenbeschäftigungsanteil dem reinen Wettbewerb ausgeliefert bleiben.

Abbildung 2: Klimawandel und Geschlechtergerechtigkeit



(Quelle: v. Winterberg 2008, 8)

Von feministischer Seite hinzu kommt andererseits das Argument, dass marktba- sierte Maßnahmen diejenigen Personengruppen strukturell benachteiligen, die auf-

grund von Armut kaum oder keinen Zugang zu diesem Markt haben. Hier wird die Diskrepanz im (Gerechtigkeits-)Verständnis der unterschiedlichen Akteure und Akteurinnen besonders deutlich. Aus feministischer Perspektive besteht der zentrale Widerspruch zwischen Gerechtigkeit und Wirksamkeit, wenn wirksame Maßnahmen nicht denjenigen zugute kommen, die ökologisch bewusst und klimaschützend agieren, sondern denjenigen, die klimaschädigend handeln (siehe Abbildung 2).

Um die Verletzbarkeit von Menschen, insbesondere von Frauen zu senken und ihre Anpassungsfähigkeit zu steigern, braucht es Instrumente und Maßnahmen, die ihre Situation nachhaltig verbessern. Das führt zum gesamten Bereich der Armutsbekämpfung, die Gewährleistung der Frauen- und Menschenrechte und damit einhergehend des Abbaus von Diskriminierung und sozialer Exklusion. Eine genderechte Klimapolitik muss demnach an der Durchsetzung einer gleichberechtigten Teilhabe an Produktionsmitteln, zum einen in Form von Zugang zu Land, Erwerb von Landtiteln und Anwendung alternativer Anbaumethoden ansetzen und zum anderen in Form eines gendersensiblen Umgangs mit (Finanz-)Ressourcen.¹³ Weiters gehört der Bereich der Bildungsmöglichkeiten für Mädchen und Frauen und der Ermächtigung zur gesellschaftlichen und politischen Teilhabe dazu. Darüber hinaus sind Fragen der reproduktiven Gesundheit und Rechte zum einen aufgrund der direkten Auswirkungen auf die Gesundheit und Widerstandskraft von Frauen und zum anderen für den Bereich der selbst bestimmten Familienplanung essentiell.

Der Versuch eines Ausblicks angesichts düsterer Aussichten

Wie Forschungsberichte zeigen, werden globale Phänomene wie soziale Ungleichheit, ungerechte Verteilung von Teilhabe- und Bildungschancen, die Verletzung von Frauen-, Menschen- und Minderheitenrechten durch die Auswirkungen des Klimawandels verstärkt und akuter, in Europa wie auch in Ländern des Südens. Diese sich verstärkenden Ungleichheiten führen wiederum zu einer Zuspitzung der ökologischen Situation. Innerhalb dieser Spirale haben die zu erwartenden wie die bereits sichtbaren klimatischen Veränderungen Auswirkungen auf das soziale und politische Miteinander und bedürfen daher nicht nur punktueller Maßnahmen. Es kommt also zu einem extremeren Weltklima, im meteorologischen und im sozialen Sinne, da zunehmend Konflikte um Wasser, Energie und andere Ressourcen bereits entstanden sind und entstehen werden. Um die Genderbilanz des Klimadiskurses sieht es dabei düster aus. Zwar werden die umwelt- und klimapolitischen Debatten mittlerweile dank des Engagements der Zivilgesellschaft und einzelnen Vertretern und Vertreterinnen der Wissenschaft nicht mehr nur geschlechtsneutral geführt, dennoch laufen Gender- und Gerechtigkeitsfragen im politischen Geschehen Gefahr, Randthemen zu bleiben und als aufschiebbar beurteilt zu werden. Freilich wird im Rahmen von zivilgesellschaftlicher und staatlicher Projekt- und Bildungsarbeit die Ermächtigung der Frauen ein wichtiger Ansatz und in politischen Statements zu den MDGs ein zentrales Argument bleiben, gleichwohl kommen jedoch die meisten Regierungen bei Fragen der Finanzierung und der politischen Konsequenzen ihren internationalen Verpflichtungen nicht nach.¹⁴

Will man an dieser Stelle nicht resignieren, gibt es nur eine Handlungsmöglichkeit, nämlich die Fortsetzung des Aufbegehrens: es braucht eine geschlechtersensible Klimapolitik, welche die Interessen der Frauen und Männer bewusst und wissentlich vertritt und das Wissen und die Kapazitäten Aller nutzt. Um Veränderungen zu erreichen, müssen die sozialen Aspekte des Klimawandels einen Platz innerhalb der

Klimadebatte bekommen und die ökonomische, technokratische Lösungsfixiertheit durchbrochen werden. EntscheidungsträgerInnen benötigen gendersensible Informationen, damit sie Entscheidungen treffen können. Frauen und ihre Organisationen müssen die Möglichkeit haben, sich sowohl auf lokaler, nationaler als auch internationaler Ebene aktiv und sichtbar in den Diskurs einbringen zu können.

Klimagerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit sind eng miteinander verbunden, deshalb müssen wir uns weiterhin für starke und verbindliche Reduktionsziele sowie die Bereitstellung der notwendigen Mittel zur Anpassung an den Klimawandel einsetzen. Die entsprechenden Maßnahmen und Kriterien müssen gendersensibel gestaltet werden. Genauso wenig, wie unzureichende Klimaschutzziele durch Geschlechtergerechtigkeit nicht zu verbessern sind, können Klimaschutzmaßnahmen nachhaltig wirksam sein ohne das Geschlechterverhältnis zu berücksichtigen.

»Inaction is inexcusable« lautete eines der Kernergebnisse eines internationalen Forschungskongresses, der im März 2009 in Kopenhagen stattfand. Dieser Aufruf an die Politik bedarf angesichts der aufgeführten Situation keines weiteren Kommentars.

Literatur

- Aguilar, Lorena (2008) Gender Perspectives on Climate Change Commission on the Status of Women Fifty-second session New York, 25 February – 7 March 2008.
- Allianz für Klimagerechtigkeit: the day before tomorrow. Klimawandel als Herausforderung für Umwelt, Entwicklungszusammenarbeit und Humanitäre Hilfe, Wien o. J.
- Appel, Anja (2009) Der Gerechtigkeitsaspekt der Nachhaltigkeit; in: Der Apfel. Rundbrief des Österreichischen Frauenforums Feministische Theologie Nr. 89 (1/2009), 8-10.
- Bals, Christoph/ Harmeling, Sven/ Koch, Anne/ Milke, Klaus/ Morgenstern, Lutz (2009) Kopenhagener Klimagipfel verfehlt die zentralen Ziele. Wer organisiert das Aufbäumen gegen die kollektive Verantwortungslosigkeit? KlimaKompakt Spezial Nr. 44 / 23. 12. 09. Unter: www.germanwatch.org/kliko/ks44.pdf
- Becker, Elizabeth/ Ehlers, Suzanne (2010) Why are women being left out of climate decision-making? Unter: <http://www.grist.org/article/2010-03-08-why-are-women-being-left-out-of-climate-decision-making-u-n>
- Denton, Fatma (2002) Climate change vulnerability, impacts, and adaptation: why does gender matter; in: Gender and Development, Oxford, 10-20.
- Deutsche Emissionshandelsstelle (DEHSt) im Umweltbundesamt (Hg.) (2008) Carbon Leakage. Die Verlagerung von Produktion und Emissionen als Herausforderung für den Emissionshandel? Berlin.
- Deutsche Stiftung für Weltbevölkerung (DSW)/UNFPA (2009) Weltbevölkerungsbericht 2009: Eine Welt im Wandel. Frauen, Bevölkerung und Klima, Hannover.
- FAO (Hg.) Does gender make a difference in dealing with climate shifts? Research results from Andhra Pradesh, India, Rom o. J.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hg.) (2008) Klimawandel, Klimaschutz und Gender. Bonn.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) (Hg.) (2006) Gleiche Mobilitätschancen für alle! Gender Mainstreaming im Öffentlichen Personennahverkehr, Berlin.
- Genanet (2009) Geschlechtergerechtigkeit macht Fortschritte, aber kein wirkungsvoller Klimaschutz. Unter: www.genanet.de/index.php?id=1373&0=
- Genanet (o. J.) (Hg.) Kurzinformation zu Gender und Nachhaltigkeit, Nr. 5: Mobilität, unter: www.genanet.de.
- Grunwald, Armin/ Kopfmüller, Jürgen (2006) Nachhaltigkeit. Frankfurt/M.
- Hemmati, Minu/ Röhr, Ulrike (2009) Engendering the climate-change negotiations: experiences, challenges, and steps forward; in: Terry, Geraldine (Hg.) Climate Change and Gender Justice, 155-167.
- Hofmeister, Sabine/ Karsten, Maria-Eleonora/ Weller, Ines/ Brinkmann, Verena/ Kägi, Sylvia/ Katz, Christine/ Mölders, Tanja/ Thiem, Anja (2002) Dokumentation zum aktuellen Stand

- von Forschung und Diskussion zum Thema ›Geschlechterverhältnisse und Nachhaltigkeit‹, Lüneburg/ Bremen.
- International Federation of Red Cross and Red Crescent Societies (IFRC) (Hg.) (2007) World Disasters Report 2007. Focus on Discrimination, Genf.
- LIFE/ WECF (Hg.) (2005) Gender and Climate Change Research Workshop: What do we know? What do we need to find out?, Frankfurt/ Montreal.
- Olmos, Santiago (2001) Vulnerability and Adaptation to Climate Change: Concepts, Issues, Assessment Method Paper. Climate Change Knowledge Network Foundation Paper.
Unter: <http://www.cckn.net>
- Prettenthaler, Franz/ Habsburg-Lothringen, Clemens/ Sterner, Cornelia (2008) »Soziale Aspekte von Climate Change Impacts in Österreich. Arme und Reiche in Österreich: Wer verursacht den Klimawandel und wer ist davon am meisten betroffen?«, Graz.
- Rätäy, Riitta/ Carlsson-Kanyama, Anika (2009) Comparing energy use by gender, age and income in some European countries. Stockholm. Unter: www2.foi.se/rapp/foir2800.pdf.
- Röhr, Ulrike (2008) Genderaspekte des Klimawandels – Verursachung, Auswirkungen, Gestaltungsmacht; in: FES (Hg.) (2008) Klimawandel, Klimaschutz und Gender, Bonn, 6-9.
- Röhr, Ulrike (2004) Gender relations in international climate change negotiations.
- Sachs, Wolfgang, Tilman Santarius (2005) Fair Future. Begrenzte Ressourcen und Globale Gerechtigkeit. Herausgegeben vom Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, München.
- Shiva, Vandana (1995) Frauen, Ökologie und Gesundheit; in: Shiva, Vandana (Hg.) ... schließlich ist es unser Leben. Ökofeministische Beiträge aus aller Welt, Göttingen, 11-22.
- Spitzner, Meike (2004) Netzgebundene Infrastrukturen unter Veränderungsdruck – Gender-Analyse am Beispiel ÖPNV, netWORKS Papers, Heft 13, Berlin.
- Stiefel, Elisabeth (2008) Der Klimawandel und weitere Ernstfälle: Ist unsere Wirtschaftsweise noch zu retten? In: Röhr, Ulrike/ Spitzner, Meike/ Stiefel, Elisabeth/ v. Winterfeld, Uta: Geschlechtergerechtigkeit als Basis für nachhaltige Klimapolitik. Feministisches Hintergrundpapier, Bonn/Berlin, 9-12.
- v. Winterfeld, Uta (2008) Was heißt hier Gerechtigkeit? In: Röhr, Ulrike/ Spitzner, Meike/ Stiefel, Elisabeth/ v. Winterfeld, Uta: Geschlechtergerechtigkeit als Basis für nachhaltige Klimapolitik. Feministisches Hintergrundpapier, Bonn/Berlin, 5-8.
- Vas, Santosh (2008) Klimawandel und die Folgen für Frauen in Indien: In: FES (Hg.) (2008) Klimawandel, Klimaschutz und Gender, Bonn, 10-13.
- Weller, Ines (2007) Ist der Klimawandel geschlechtsneutral? Manuskript des Vortrags im Rahmen der Reihe »Ortswechsel«, Bremen, 15. November 2007.
- Wichterich, Christa (2002) Suche nach der Gendergerechtigkeit. Frauenorganisationen auf dem Weg nach Johannesburg; in: Frauensolidarität. Ausgabe 3/2002, 6f.

Anmerkungen

- 1 Das von den Frauenorganisationen im Vorfeld von Rio erarbeitete Konzept von ›sustained livelihood‹ konnte sich nicht durchsetzen, aber die Stellung der Frauen als aktive Gestalterinnen führte zum Sichtbarwerden der Geschlechterfrage in der Umweltdebatte und im allgemeinen politischen Raum: so erklärte etwa die Europäische Kommission 1996 Gendermainstreaming zu ihrem Leitprinzip. Sie versteht darunter das folgende: »Gender Mainstreaming bedeutet, bei allen gesellschaftlichen Vorhaben die unterschiedlichen Lebenssituationen und Interessen von Frauen und Männern von vornherein und regelmäßig zu berücksichtigen, da es keine geschlechtsneutrale Wirklichkeit gibt« (zitiert nach Weller 2007: 1)
- 2 Diese Diskrepanz zwischen ›Soll‹ und ›Ist‹ und zeigten bspw. deutsche Nichtregierungsorganisationen in ihrem Positionspapier und konkreten Forderungskatalog »Glaubwürdigkeit der Mächtigen auf dem Prüfstand: Konkret für Umwelt und Entwicklung handeln!« zum G8-Gipfel in Heiligendamm 6.–8. Juni 2007 auf.
- 3 Unter sozialer Nachhaltigkeit wird u.a. sozialer Frieden verstanden, der eine gerechte Verteilung sozialer Güter, wie etwa Gesundheit, Bildung, die Befriedigung der Grundbedürfnisse nach Nahrung, Unterkunft und Kleidung sowie Teilhabe am gesellschaftlichen Geschehen voraussetzt. Ein zentraler Aspekt dessen ist die Geschlechtergerechtigkeit.
- 4 Bereits 2005 haben Forscherinnen eine lange Liste an Forschungsdesideraten identifiziert, die bis heute nur zu einem Bruchteil abgearbeitet wurde. Siehe dazu die Ergebnisse des Gender

- and Climate Change Research Workshops (LIFE / WECF 2005).
- 5 Eine hervorragende Quelle für Informationen stellen die Leitstelle genanet bzw. das Netzwerk gendercc bereit, die bereits mehrerer Studien zu Genderaspekten des Klimathemas recherchiert, erarbeitet und/oder zusammengefasst haben. Siehe unter: www.genanet.de oder www.gendercc.net.
 - 6 In Deutschland bspw. werden 20% der CO₂-Emissionen durch den Verkehr produziert, die Hälfte davon durch private Fahrzeuge. Während öffentliche Verkehrsmittel eher von Frauen genutzt werden und diese mehr zu Fuß unterwegs sind, fahren Männer eher mit dem PKW (Quelle: Homepage des deutschen Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: <http://www.gender-mainstreaming.net/gm/frauen-und-maenner-im-alltag,did=13480.html>). Ein Grund für die unterschiedliche Nutzung von privaten oder öffentlichen Verkehrsmitteln liegt u.a. an notwendigen Wegen im Rahmen der Haus- und Familienarbeit oder Erwerbsarbeit. Siehe dazu: Genanet (o. J.); Spitzner 2006; FES 2006.
 - 7 ›Vulnerability‹ wird vom IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change) definiert als »the extent to which a natural or social system is susceptible to sustaining damage from climate change, and is a function of the magnitude of climate change, the sensitivity of the system to changes in climate and the ability to adapt the system to changes in climate. Hence, a highly vulnerable system is one that is highly sensitive to modest changes in climate and one for which the ability to adapt is severely constrained« (zitiert nach Olmos 2001, 3).
 - 8 Die Folge zunehmender Migration sind schon jetzt boomende Megastädte mit unkontrolliert wachsenden Slums, wo die Menschen unter schlimmsten Bedingungen leben und soziale Exklusion und Gewalt zu neuen Problemen werden. In manchen Ländern sind es auch Frauen, die vermehrt ihre Familien verlassen, weil sie im Ausland ein besseres Einkommen zu erwirtschaften hoffen, bspw. sind Krankenschwestern von den Philippinen willkommene Arbeitskräfte in anderen Ländern.
 - 9 Sexuelle Gewalt spielt auch nach Katastrophen eine Rolle, da Frauen dann vermehrt angegriffen werden. Dadurch werden sie zu doppelten Opfern: die der Katastrophe und die der männlichen Katastrophenopfer (vgl. Röhr 2008, 9; IFRC 2007, 121 f.).
 - 10 Die Autorin spricht in diesem Artikel von »indigenous knowledge« als vor allem von Frauen gesammeltes traditionelles Wissen.
 - 11 Im Verständnis der Brundtland-Kommission bedeutet Nachhaltigkeit Bewahrung der Umwelt, Herstellung sozialer Gerechtigkeit und Gewährleistung von politischer Partizipation. Eines der in ihrem Bericht von 1987 ausgestellten Grundprinzipien neben der globalen Perspektive und dem Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung, war die Notwendigkeit von Gerechtigkeit auf der intergenerativen Ebene (Zukunftsverantwortung) und intragenerativen Ebene (Verteilungsgerechtigkeit unter den heute lebenden Menschen) (vgl. Grunwald/Kopfmüller 2006, 21)
 - 12 Dieser Begriff bezeichnet die Verlagerung von Produktion und damit einhergehend der CO₂-Emissionen von einem Land mit hohen CO₂-Emissionsbeschränkungen beziehungsweise CO₂-Bepreisungen in ein anderes mit geringeren Standards. Durch die Einführung des Handels mit Emissionszertifikaten wird befürchtet, dass Sektoren, die energieintensiv produzieren und gleichzeitig international hohem Wettbewerbsdruck ausgesetzt sind, ihre Produktion auslagern und damit Arbeitsplätze und Wertschöpfung innerhalb der EU verloren gehen. Siehe auch die Ergebnisse einer deutschen Studie, die die ökonomische Brisanz dieser Problematik geringer einschätzt (Deutsche Emissionshandelsstelle 2008).
 - 13 Wie sehr die Ökonomieorientierung den politischen Diskurs dominiert, ließ sich während der sogenannten Finanzkrise im Jahr 2009 beobachten, als die meisten Konjunkturpakete in Europa solche Bereiche förderten, die nicht nur einen hohen Energieverbrauch und in weiterer Folge einen hohen CO₂-Ausstoß haben (Automobilindustrie, Straßenbau etc.), sondern zugleich eine männlich dominierte Beschäftigungssektoren sind, als habe es weder einen Klimadiskurs noch die politische Verpflichtung zum Gendermainstreaming und -budgeting gegeben.
 - 14 Die österreichische Regierung hat bspw. im Jahr 2005 den Beschluss des EU-Rates mitgetragen, ihren Beitrag zur Erreichung der Millenniums-Entwicklungsziele bis 2010 auf 0,51% des BNPs und bis 2015 auf 0,7% anzuheben. De facto ist jedoch der österreichische Beitrag rückläufig. Siehe auch die Ergebnisse der Treibhausgasemissionen laut dem 8. Umweltkontrollbericht des Umweltministers an den Nationalrat zur Umweltsituation in Österreich 2007.